



Das Wichtigste in Kürze

Soziale Gerechtigkeit in der EU – Index Report 2015

Social Inclusion Monitor Europe

Daniel Schraad-Tischler

Soziale Gerechtigkeit in der EU – Index Report 2015

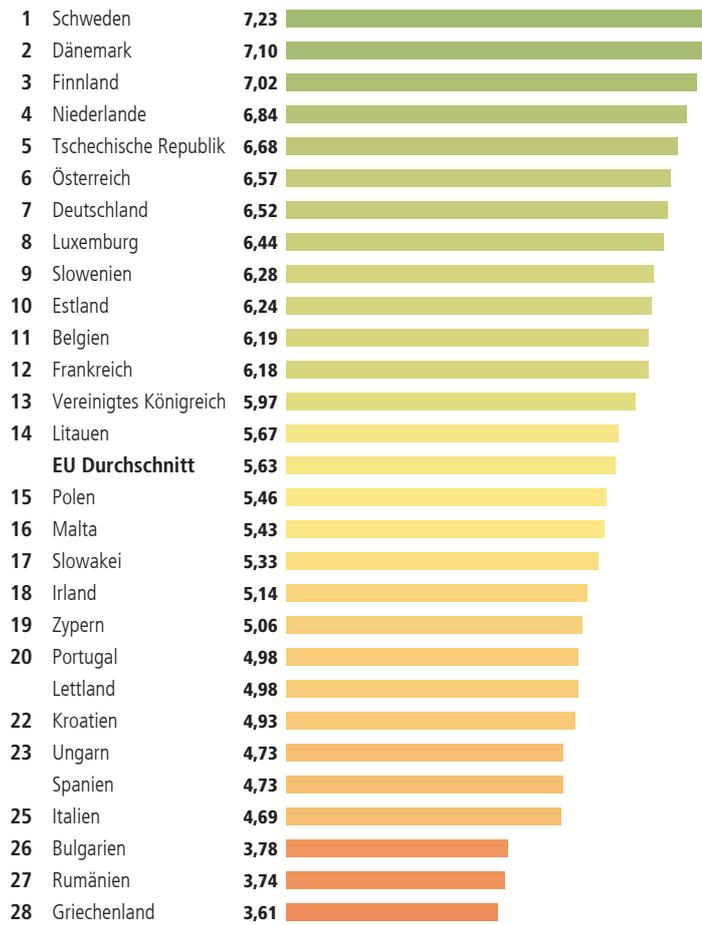
Social Inclusion Monitor Europe

Daniel Schraad-Tischler

Den kompletten Bericht
finden Sie unter
www.bertelsmann-stiftung.de

Soziale Gerechtigkeit in der EU

Index Soziale Gerechtigkeit in der EU

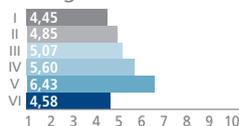


Index Soziale Gerechtigkeit

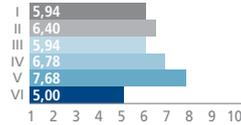


- I** Armutsvermeidung
- II** Zugang zu Bildung
- III** Zugang zum Arbeitsmarkt
- IV** Soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung
- V** Gesundheit
- VI** Generationengerechtigkeit

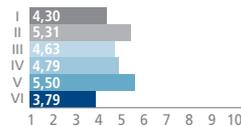
Portugal



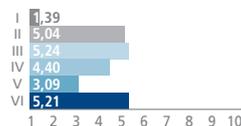
Belgien



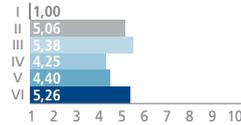
Italien



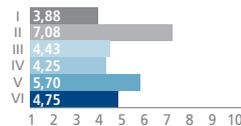
Rumänien



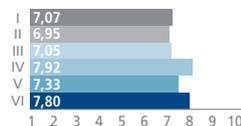
Bulgarien



Kroatien



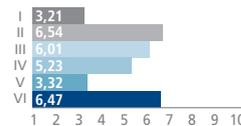
Schweden



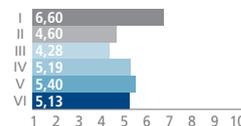
Dänemark



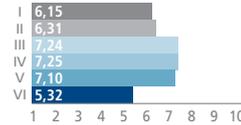
Lettland



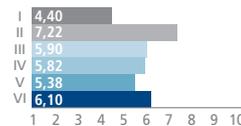
Slowakei



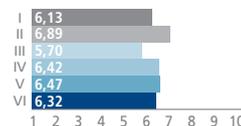
Deutschland



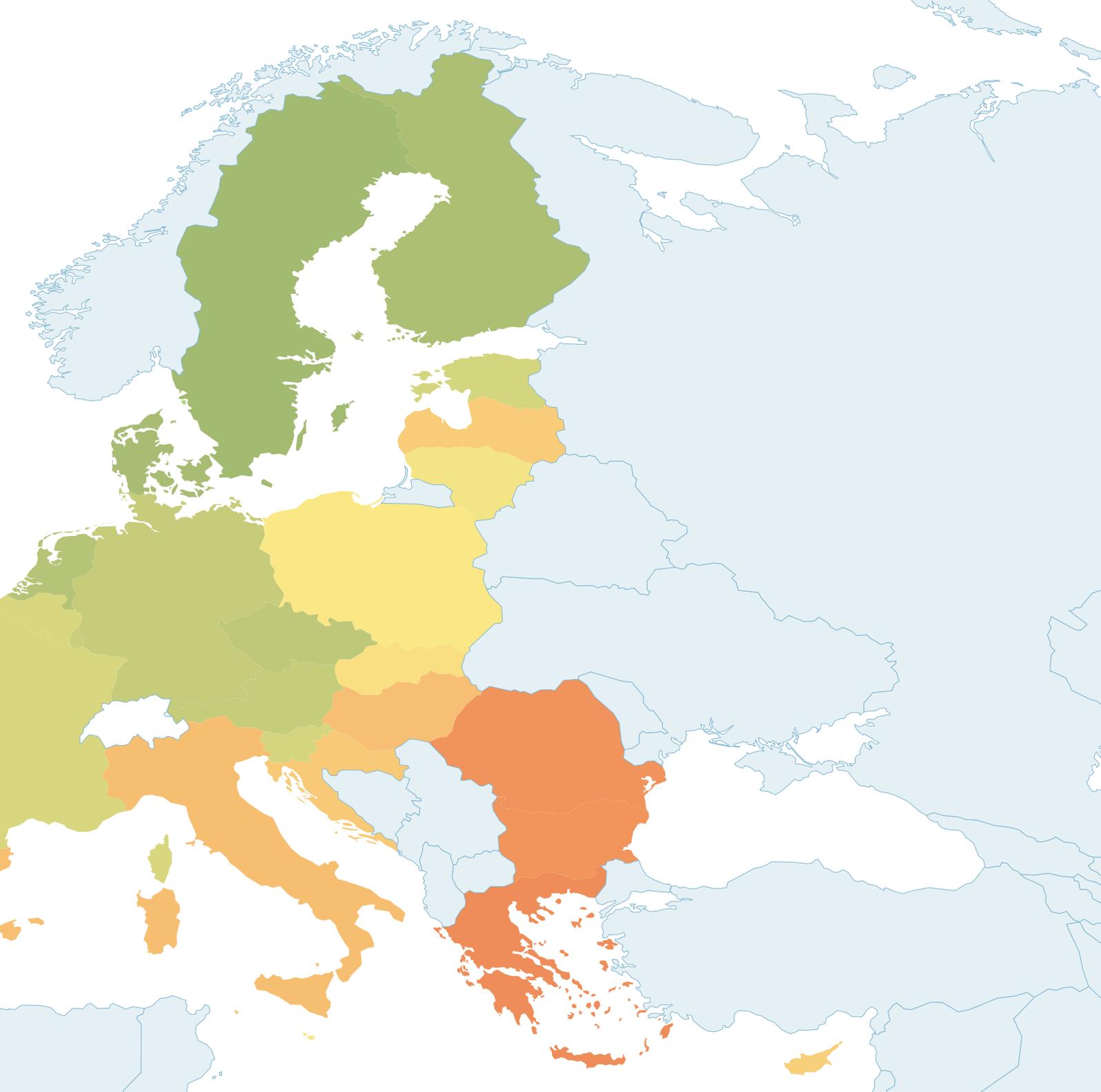
Litauen



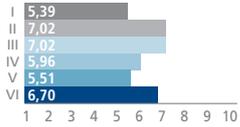
Slowenien



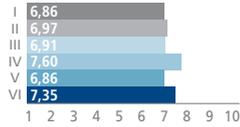
Anmerkung: Werte auf einer Skala von 1 bis 10. Hoher Wert = besseres Ergebnis. Quelle: Eigene Berechnungen.



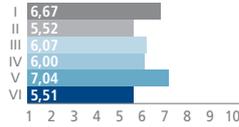
Estland



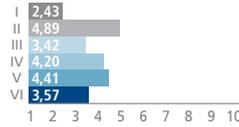
Finnland



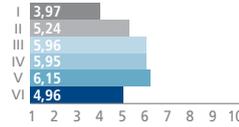
Frankreich



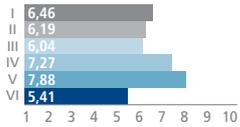
Griechenland



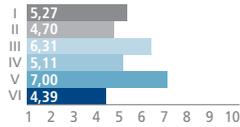
Irland



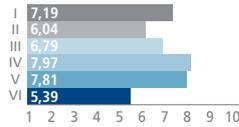
Luxemburg



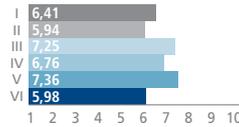
Malta



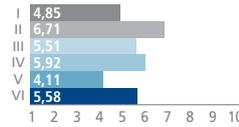
Niederlande



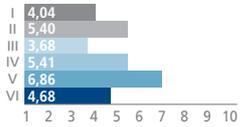
Österreich



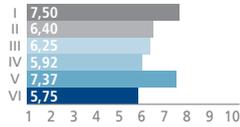
Polen



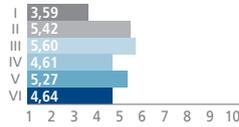
Spanien



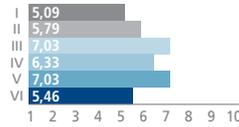
Tschechische Republik



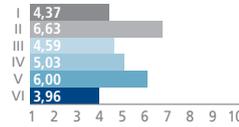
Ungarn



Vereinigtes Königreich



Zypern

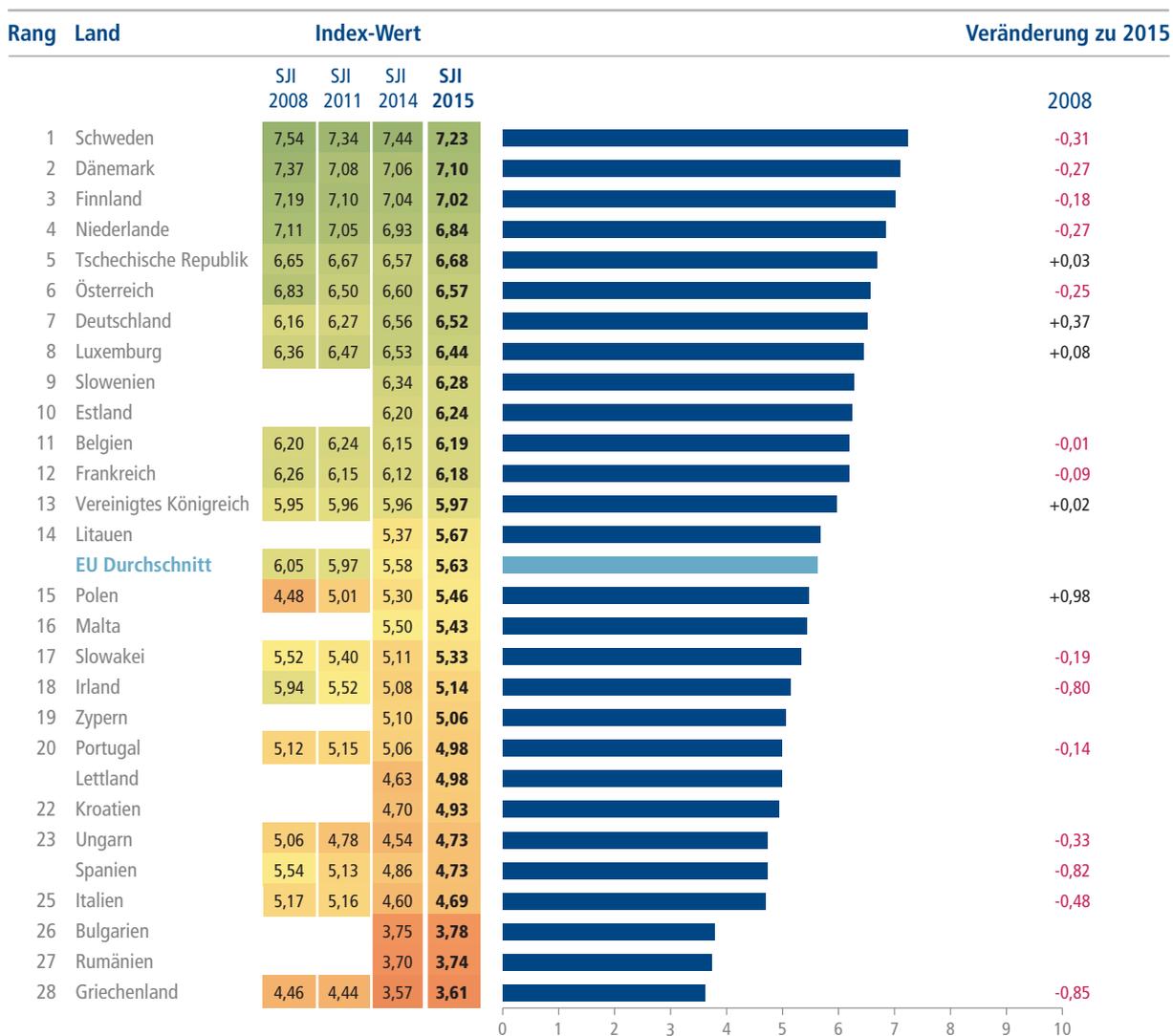


I. Das Wichtigste in Kürze

1. Soziale (Un-)gerechtigkeit in der EU – Tiefpunkt scheint erreicht, aber noch keine umfassende Trendwende

In der Mehrzahl der EU-Staaten hat sich das Maß sozialer Gerechtigkeit im Verhältnis zur Vorjahresausgabe des Social Justice Index (SJI 2014) zumindest nicht weiter verschlechtert. Es scheint so, als sei für die Mehrheit der Länder nach Jahren der Abwärtsentwicklung der Tiefpunkt zwischen 2012 und 2014 erreicht gewesen. Dies liegt insbesondere an einem leichten Aufwärts-

Abbildung 1: Index Soziale Gerechtigkeit in der EU (gewichtet)



Quelle: Eigene Berechnungen.

BertelsmannStiftung



trend am Arbeitsmarkt, der in der Mehrzahl der Staaten zu beobachten ist. Dennoch kann von einer echten Trendwende in Sachen sozialer Gerechtigkeit noch nicht die Rede sein. Zwar ist in ökonomischer Hinsicht in vielen Staaten zumindest anhand einiger Indikatoren eine gewisse Stabilisierung erkennbar. Dies betrifft auch die europäischen Krisenländer Spanien, Portugal und Irland. Erst die kommenden SJI-Ausgaben werden aber zeigen, ob sich auch die Gesamtsituation hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit in Europa mit einem gewissen Zeitverzug nachhaltig stabilisieren und wieder verbessern kann. Im Vergleich zum Niveau vor der Krise sind die Teilhabechancen der Menschen in den allermeisten EU-Staaten noch immer deutlich schlechter ausgeprägt. In nicht weniger als elf Staaten hat sich die Gesamtsituation gegenüber der Vorjahresuntersuchung sogar erneut verschlechtert – darunter Spanien und Portugal.

Abbildung 2: SJI Dimensionen und Indikatoren



Quelle: Eigene Berechnungen.

2. Ausmaß von Armut und sozialer Exklusion weiterhin besorgniserregend – Soziale Kluft zwischen Nord- und Südeuropa bleibt enorm

Rund ein Viertel aller EU-Bürger (24,6 Prozent) gelten derzeit als von Armut oder sozialer Exklusion bedroht – ein äußerst hoher und besorgniserregender Wert. Gemessen an der EU-Gesamtbevölkerung entspricht dies rund 122 Millionen Menschen.

Noch immer ist die Kluft zwischen den Staaten Nordeuropas und den südeuropäischen Krisenländern enorm. In Spanien, Portugal und Griechenland hat sich das Ausmaß an Armut sogar nochmals im Vergleich zur Vorjahreserhebung erhöht. In Griechenland sind inzwischen 36 Prozent der Gesamtbevölkerung von Armut oder sozialer Exklusion bedroht. In Spanien sind es mehr als 29 Prozent. Für Kinder und Jugendliche liegt diese Zahl sogar noch höher (siehe dazu näher unten). Und auch in Portugal ist die Armut in der Gesamtbevölkerung auf 27,5 Prozent gestiegen.

An der Spitze des Gesamtindex liegen dagegen Schweden, Dänemark, Finnland und die Niederlande. Gemessen an der Situation in den Jahren 2007/2008 haben auch diese Staaten insgesamt Einbußen in Sachen sozialer Gerechtigkeit hinnehmen müssen. Doch im Vergleich zu der viel drastischeren Entwicklung in Südeuropa sind diese Staaten noch immer in einer sehr komfortablen Lage. Tschechien folgt dank geringer Armutsraten und überdurchschnittlicher Ergebnisse im Bereich Gesundheit auf Rang fünf, und auch Österreich verfügt in der Gesamtbetrachtung – trotz gewisser Defizite in einigen Feldern (insbesondere Bildung) – über ein hohes Maß sozialer Inklusion. Deutschland kann vor allem dank der weiterhin sehr guten Arbeitsmarktsituation seinen siebten Platz halten, offenbart aber Probleme in den Feldern Bildungszugang und Generationengerechtigkeit. Auch die Einkommensungleichheit sowie das Risiko, von Armut und sozialer Exklusion betroffen zu sein, haben sich im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung wieder erhöht (nach leichtem Rückgang in den Vorjahren).

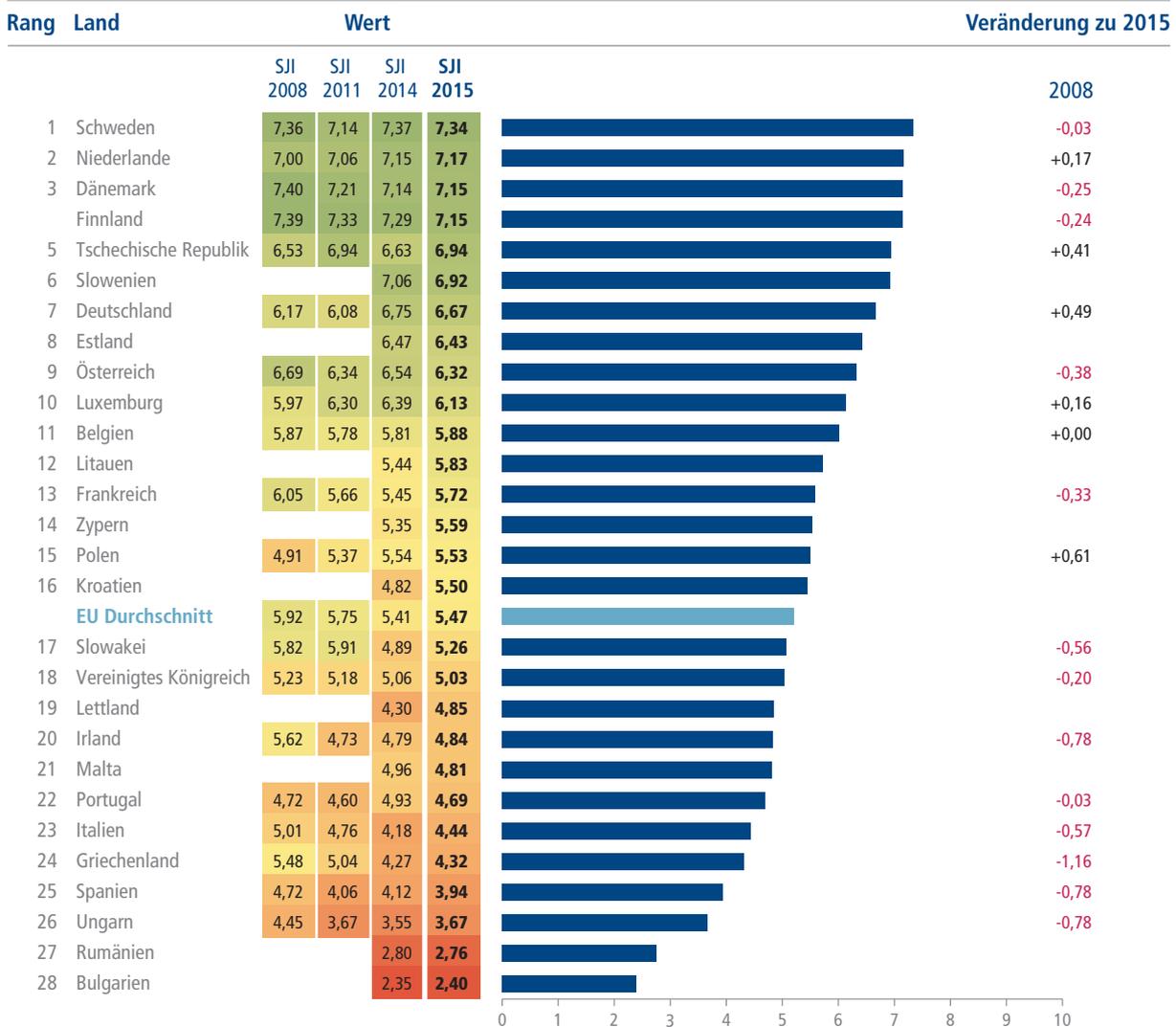
3. Kinder und Jugendliche sind die Hauptverlierer der letzten Jahre – Kluft zwischen Alt und Jung hat weiter zugenommen

In der großen Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten haben sich die Chancen von Kindern und Jugendlichen seit 2007/2008 – teils erheblich – verschlechtert.¹ Selbst gegenüber der Vorjahresuntersuchung, die den negativen Höhepunkt der bisherigen Entwicklung markiert, zeigen 13 Länder eine nochmalige Verschlechterung, was die Chancen junger Menschen anbelangt. Besonders die Situation in den südeuropäischen Krisenstaaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien bleibt sehr kritisch.

¹ Für den hier dargestellten Teilindex wurden vier Leitindikatoren herangezogen: Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Armut oder sozialer Exklusion bedroht sind; der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Bildungserfolg, die Rate frühzeitiger Schulabgänger sowie die so genannte NEET-Rate, die alle jungen Menschen erfasst, die sicher weder in Beschäftigung noch in einer Form von Bildung oder Ausbildung befinden. Siehe dazu näher das Kapitel Methodik in der vollständigen Studie, abrufbar unter www.sgi-network.org.



Abbildung 3: Chancenindex Kinder und Jugendliche



Quelle: Eigene Berechnungen.

BertelsmannStiftung

Insgesamt spiegelt der Teilindex über die Chancen von Kindern und Jugendlichen recht klar die Länderverteilung des allgemeinen „Social Justice Index“ wider. Am besten schneiden Schweden, die Niederlande, Dänemark und Finnland ab. Die beiden topplatzierten Länder konnten über die Jahre der Krise hinweg ihr sehr gutes Niveau halten. Die Niederlande und einige andere Länder, wie zum Beispiel Tschechien oder Polen, haben sich in diesem Zeitraum sogar verbessert.

Sehr bedenklich ist die Tatsache, dass sich das Armutsrisiko unter Kindern und Jugendlichen in einigen südeuropäischen Krisenstaaten im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung nochmals erhöht hat. In Spanien sind inzwischen 35,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut und sozialer Exklusion bedroht, in Portugal 31,7 Prozent. In Griechenland liegt die Quote bei erschreckenden 36,7 Prozent (im Vorjahr sogar 38,1 Prozent), und der Anteil der von schwerwiegender materieller Deprivation betroffenen Kinder hat sich dort mit einem Anstieg von 9,7 Prozent im Jahr 2007 auf heute 23,2 Prozent sogar mehr als verdoppelt. In Ungarn sind die Zahlen ebenfalls besorgniserregend: 41,4 Prozent der Kinder gelten als von Armut und sozialer Exklusion bedroht. Nur in Rumänien und Bulgarien ist die Quote noch höher, allerdings mit einem rückläufigen Trend. Auch das schlechte Abschneiden des Vereinigten Königreichs ist auffallend: Hier gelten 32,6 Prozent der Menschen unter 18 Jahren als von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Im EU-Durchschnitt gelten derzeit 27,9 Prozent aller Kinder und Jugendlichen als von Armut oder sozialer Exklusion bedroht. Damit liegt die Quote höher als im Jahr 2007 (26,4 Prozent). Allerdings sind derartige Durchschnittswerte für die gesamte EU angesichts der stark unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen der einzelnen EU-Staaten schwer zu interpretieren. Betrachtet man dagegen ausschließlich den Anstieg des Armuts- und Exklusionsrisikos in den vier Krisenstaaten Spanien, Griechenland, Portugal und Italien, dann zeigt sich eine deutlich stärkere Steigerung: der Anstieg allein in den diesen vier Staaten betrug zwischen 2007 und 2013/14 mehr als fünf Prozentpunkte - von 28,7 Prozent im Jahr 2007 auf inzwischen 33,8 Prozent. Übersetzt in absolute Zahlen bedeutet dies, dass in diesen vier Ländern 1,16 Millionen Kinder und Jugendliche mehr von Armut und sozialer Exklusion betroffen sind als noch 2007.

Besonders bedenklich: Der bereits in der Vorjahresausgabe erkennbare Trend einer wachsenden Kluft zwischen den Generationen hat sich leider fortgesetzt. Während der Anteil der von Armut oder sozialer Exklusion bedrohten Kinder seit 2007 angestiegen ist, hat sich dagegen der Anteil der von Armut oder sozialer Exklusion bedrohten älteren Menschen verringert: von 24,4 Prozent auf 17,8 Prozent (2013/14). Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in den meisten Ländern im Laufe der Krise die Renten und Altersbezüge der älteren Menschen nicht beziehungsweise nicht so stark geschrumpft sind wie die Einkommen der jüngeren Bevölkerung. Dies wird am Beispiel Spaniens besonders deutlich. Hier ist der Anteil der von Armut und sozialer Exklusion bedrohten Kinder und Jugendlichen inzwischen fast dreimal so hoch wie der entsprechende Anteil der älteren Menschen.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die unter so genannter schwerwiegender materieller Deprivation leiden, ist zudem im EU-Durchschnitt deutlich höher als der entsprechende Anteil unter der älteren Bevölkerung. Der Unterschied beträgt mehr als vier Prozentpunkte (11,1 Prozent im Vergleich zu 6,9 Prozent). Materielle Deprivation bedeutet, dass betroffene Menschen schwerwiegende Entbehrungen hinnehmen müssen und sich grundlegende Bedürfnisse des täglichen Lebens aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten können (z.B. eine angemessen beheizte Wohnung oder ein Telefon).



Ein ähnliches Nord-Süd-Gefälle wie bei der Armutsverteilung zeigt sich zudem beim Anteil der jungen Menschen zwischen 20 und 24 Jahren, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen oder sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden. Diese so genannte NEET-Rate (NEET steht für „Not in Education, Employment or Training“) ist mit 17,8 Prozent im EU-Durchschnitt noch immer extrem hoch. Dieser Indikator spiegelt besonders deutlich Probleme beim Übergang zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt wider. Junge Menschen, die komplett außerhalb des Arbeitsmarkts und des Bildungssystems sind, befinden sich in einer sehr prekären Lage, die die Zukunftschancen der Betroffenen extrem beschränkt. Zwar ist die Quote im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung (18,6 Prozent) leicht zurückgegangen, doch im Jahr 2008 lag die Zahl noch bei „lediglich“ 15,0 Prozent. Besonders dramatisch stellt sich die Situation in den südeuropäischen Ländern Italien, Griechenland, Kroatien, Zypern und Spanien dar. In Spanien sind rund ein Viertel (24,8 Prozent) der jungen Menschen so genannte „NEETs“, in Italien, dem Schlusslicht bei diesem Indikator, sogar fast ein Drittel (32 Prozent). Die jeweiligen Jugendarbeitslosenraten in diesen Staaten liegen noch höher: In Spanien und Griechenland liegt die Jugendarbeitslosigkeit immer noch weit über 50 Prozent, und in Italien ist sie sogar nochmals angestiegen: auf inzwischen 42,7 Prozent. Im Kontrast zu den südeuropäischen Staaten finden sich die niedrigsten NEET-Raten in den Niederlanden (7,8 Prozent), Dänemark (8,4 Prozent) und Deutschland (9,5 Prozent). Deutschland ist das einzige Land, das sich gegenüber dem Jahr 2008 substantziell verbessern konnte.

Weniger einheitlich (im Sinne des meist zu beobachtenden Nord-Süd-Gefälles) ist die Länderverteilung beim Indikator „Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Bildungserfolg“. Hier sind traditionell Länder wie Finnland und Estland besonders gut aufgestellt, indem deren Bildungssysteme es ermöglichen, dass Kinder auch aus sozial schwachen Elternhäusern ähnlich gute Chancen haben wie Kinder aus sozial besser gestellten Elternhäusern. Bemerkenswerterweise schneiden aber auch Zypern und Italien in dieser Hinsicht gut ab. Allerdings ist die Bildungsqualität in Finnland und Estland gemessen an den PISA-Ergebnissen der Schülerinnen und Schüler deutlich höher. Gerade diese beiden Länder zeigen damit, dass Gerechtigkeit und Qualität im Bildungssystem Hand in Hand gehen können. Die größten Defizite bei der Frage des Zusammenhangs zwischen sozialem Hintergrund und Lernerfolg weisen dagegen Ungarn, Frankreich, Bulgarien und die Slowakei auf.

Immerhin kann bei einem Indikator eine Positiventwicklung vermerkt werden: Die Zahl der frühzeitigen Schulabgänger (Early School Leavers) ist EU-weit über die letzten Jahre hinweg gesunken, doch zeigen sich auch bei diesem Indikator noch erhebliche Diskrepanzen: Während Kroatien, Slowenien, Polen, Tschechien und Litauen eine Rate von unter 6 Prozent vorweisen können, liegen die entsprechenden Werte für Malta und Spanien bei jeweils über 20 Prozent. Immerhin aber ist der langfristige Trend positiv, so dass der Indikator „Early School Leavers“ einer der wenigen EU2020 Indikatoren ist, bei dem eine solche Aussage getroffen werden kann. Mit einer EU-weiten Quote von 11,2 Prozent ist das EU 2020 Ziel zumindest nicht mehr allzu weit entfernt.

4. Steigende Schulden, alternde Bevölkerungen, stagnierende Zukunftsinvestitionen – Europa muss sich deutlich mehr um die Chancen von Kindern und Jugendlichen kümmern

Insgesamt zeigt der Ländervergleich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten besondere Anstrengungen unternehmen müssen, um gerade die Chancen der Kinder und jungen Menschen nachhaltig zu verbessern. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen hat sich innerhalb der EU erneut verschlechtert. Neben der bereits erwähnten zunehmenden Kluft zwischen Jung und Alt in Sachen Armuts- und Exklusionsrisiko und dem noch immer extrem hohen Niveau bei der Jugendarbeitslosigkeit und den so genannten NEET-Rates verschärft auch eine weiter steigende Verschuldung die Ungerechtigkeit zwischen den Generationen.

So hat sich – trotz des starken Politikfokus auf Budget-Konsolidierung – der Gesamtschuldenstand der Mitgliedstaaten im EU-Durchschnitt nochmals erhöht. Durchschnittlich sind die jeweiligen nationalen Schuldenstände von 62,5 Prozent im Jahr 2008 auf nun 87,7 Prozent angestiegen. Die südeuropäischen Krisenstaaten Portugal, Italien und Griechenland sind inzwischen jeweils mit zwischen 130 Prozent (Portugal) und 177 Prozent (Griechenland) ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung verschuldet, auch wenn die Haushaltsdefizite im Zuge der harten Sparpolitik zurückgefahren werden konnten. In Zypern hat sich der Schuldenstand zwischen 2008 (44,7 Prozent) und 2014 (107,1 Prozent) sogar mehr als verdoppelt. Die fiskalischen Lasten für die heute jungen Menschen sowie für künftige Generationen sind in diesen Ländern damit immens. Gleichzeitig wurden im EU-Durchschnitt die Investitionen in Forschung und Entwicklung im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung nicht erhöht.

Der demographische Wandel wird in vielen EU-Staaten den Druck auf die Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme erhöhen. In dieser Situation kommt es besonders darauf an, Rentensysteme fit für die Zukunft zu machen und dabei die Perspektive der Generationengerechtigkeit nicht aus dem Blick zu verlieren. Rentenreformen, wie sie in der letzten Untersuchungsperiode etwa in Deutschland vorgenommen worden sind, gehen aber deutlich auf Kosten der jüngeren Generationen. Aus diesem Grund zählt Deutschland zu den Ländern, die sich in Sachen Generationengerechtigkeit gegenüber der letzten Untersuchung am stärksten verschlechtert haben.

5. EU noch weit entfernt von einem „Social Triple A“ – mehr soziale Gerechtigkeit ist positiv für Wachstum

Bei seinem Amtsantritt im letzten Jahr hat Jean-Claude Juncker das Ziel formuliert, dass Europa auch in sozialer Hinsicht den Anspruch haben muss, wieder ein „Triple A“ Rating zu erreichen. Davon ist die EU noch weit entfernt, wie die vorliegende Analyse gezeigt hat. Eine grundsätzliche Einsicht ist sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Ebene der Union nötig: Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit kann Wachstum befördern. Mehrere einschlägige Studien (OECD 2015, Ostry et al. 2014) haben in jüngster Zeit herausgestellt, dass sich eine wachsende Ungleichheit



negativ auf langfristiges Wirtschaftswachstum auswirkt. Aus diesem Grunde bedarf es einer integrierten langfristigen Strategie, die diesem potentiellen Positiv-Summen-Verhältnis Rechnung trägt. Wichtig ist daher, dass – wie von der neuen Kommission angekündigt – im Rahmen der makroökonomischen Koordinierungsprozesse auf europäischer Ebene auch den Sozialindikatoren künftig größeres Gewicht beigemessen wird.

Insgesamt bedarf es eines multidimensionalen Ansatzes, um für mehr Teilhabegerechtigkeit in Europa zu sorgen. Es gibt ganz sicher nicht das eine Patentrezept, das alle Probleme lösen würde. Und angesichts sehr unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatssysteme und -verständnisse in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten müssen die jeweiligen Regierungen immer kontextsensitive Lösungen finden. Allerdings können die Dimensionen des Gerechtigkeitsindex sehr wohl als allgemeine Orientierungshilfe dienen, um konkrete Reformnotwendigkeiten in besonders wichtigen Bereichen zu identifizieren. Zur Förderung sozialer Gerechtigkeit und inklusiven Wachstums in der EU sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

- **Armutsvermeidung:** Die Bekämpfung von Kinderarmut muss in der EU und ihren Mitgliedstaaten oberste Priorität haben. Insbesondere die nordeuropäischen Staaten zeigen, dass Kinderarmut durchaus wirksam bekämpft werden kann, wenn sozial benachteiligte Gruppen durch ein funktionierendes Steuer- und Transfersystem gezielte Unterstützung erhalten. Allerdings ist die Vermeidung von Kinderarmut nicht nur eine Frage finanzieller Unterstützung (etwa durch Wohngeld, Kindergeld oder entsprechende Steuerfreibeträge für Familien), sondern hängt stark auch von richtigen Weichenstellungen in anderen Bereichen ab – insbesondere in den Feldern Bildung und Arbeitsmarkt.
- **Gerechter Zugang zu Bildung:** Investitionen in eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung sind ein Schlüsselinstrument, um für gleiche Teilhabechancen zu sorgen. Darüber hinaus zeigen viele Studien, dass integrative Schulsysteme, in denen Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam lernen und nicht schon nach wenigen Jahren in unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden, die bessere Alternative mit Blick auf individuellen Lernerfolg und Bildungsgerechtigkeit sind. Ein weiteres effektives Mittel, um für mehr Qualität und Gerechtigkeit im Bildungswesen zu sorgen, kann darin bestehen, hochqualifizierte Lehrer gezielt in Brennpunktschulen zu beschäftigen und eine individuelle Unterstützung von Kindern mit Förderbedarf zu ermöglichen. Generell ist es wichtig, den negativen Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Lernerfolg dadurch zu minimieren, dass sozial schwächere Familien gezielte Unterstützung erhalten, um in gute Bildung investieren zu können, etwa durch die Senkung von Gebühren für Kitas und Ganztagschulen.
- **Zugang zum Arbeitsmarkt:** Fast alle Staaten der EU müssen sich der Herausforderung annehmen, Anreize für ein hohes Beschäftigungsniveau zu schaffen und gleichzeitig den sozialen Aufstieg aus prekären Anstellungsverhältnissen in sichere Beschäftigungsverhältnisse zu gewährleisten. Dabei sind die Regierungen gefragt, gezielt in Weiterbildungsmaßnahmen für

gering qualifizierte Menschen zu investieren, die überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind – einem der Haupttreiber für Armut. Mehr als 12 Millionen Menschen in der EU sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich zwischen 2007 und 2014 verdoppelt und entspricht nun der Hälfte der arbeitslosen Menschen insgesamt.² Auch bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die nicht nur ein gravierendes Problem in den südeuropäischen Krisenstaaten ist, müssen die EU-Mitgliedstaaten noch größere Anstrengungen unternehmen. Es gilt, die berufliche Ausbildung zu verbessern, die Anzahl der Schulabbrecher zu reduzieren und den Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Nicht selten besteht eine große Diskrepanz zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Qualifikationen, die das Bildungssystem bereitstellt. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die kürzlich von der EU gestartete „Jugendbeschäftigungsinitiative“ zusammen mit der „Jugendgarantie“, deren Umsetzung die Mitgliedstaaten mit ausreichenden finanziellen Mitteln vorantreiben sollten.

Auch eine verbesserte grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften ist wichtig, um die Lücke zwischen vakanten Stellen (die weiterhin existieren) und der großen Anzahl an Arbeitslosen zu schließen. Dazu bedarf es eines effizienten grenzüberschreitenden Ansatzes, der eine verbesserte Kooperation nationaler Arbeitsagenturen, den Abbau bürokratischer Hürden bei der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen sowie beim Transfer von Sozialversicherungsansprüchen in andere EU-Länder umschließen sollte.

Und nicht zuletzt: Neben den besonders betroffenen Gruppen Geringqualifizierter und junger Menschen sehen sich auch Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie ältere Arbeitnehmer mit ungleichen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt konfrontiert. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Bekämpfung von Diskriminierungen am Arbeitsplatz, die Verwirklichung des Prinzips gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit sowie Angebote für lebenslanges Lernen sind wichtige Ansatzpunkte, um hier für Verbesserungen zu sorgen.

- **Soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung:** Große ökonomische und soziale Ungleichheiten beeinträchtigen nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern wirken sich auch negativ auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft aus. Um die Chancengleichheit zu erhöhen, ist eine effektive Antidiskriminierungsgesetzgebung (und ihre Implementierung) ein entscheidender Faktor. Eine vorbildliche Anti-Diskriminierungspolitik weisen beispielsweise Irland, Schweden und die Niederlande auf. Darüber hinaus ist eine kohärente und wirkungsvolle Integrations- und Immigrationspolitik unerlässlich – auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. So sind die meisten Staaten der EU ökonomisch verstärkt auf Zuwanderung angewiesen, um negative ökonomische Effekte – bedingt durch die Alterung der Gesellschaft – auszugleichen. Integrationspolitik muss daher auf gleichberechtigte Zugangschancen von Mig-

² Siehe hierzu näher http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5565_en.htm.



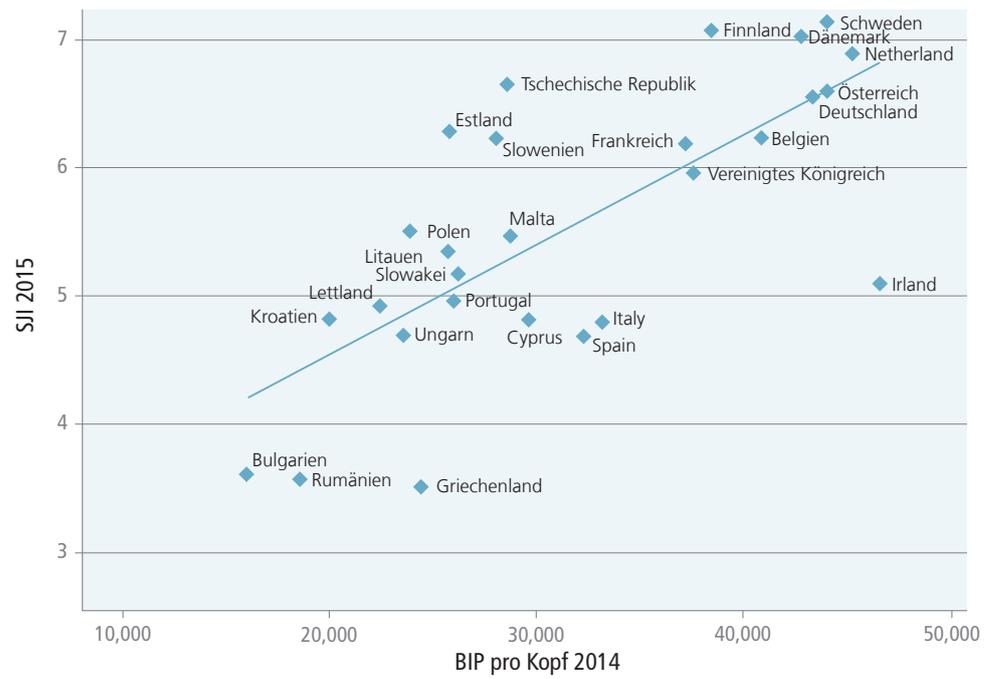
rantinnen und Migranten zu Arbeit und Bildung hinwirken und effektive Wege bei Fragen der Familienzusammenführung, Ausweitung der politischen Teilhabechancen sowie zur Erlangung der Staatsangehörigkeit eröffnen. Wenn die EU-Staaten eine entsprechende Integrationspolitik realisieren und solidarisch handeln würden, könnte die derzeitige Flüchtlingskrise durchaus auch zu einer Chance für Europa werden.

- **Gesundheit:** Schlechte Gesundheitszustände und gesundheitsbezogene Ungleichheiten generieren hohe soziale und ökonomische Kosten. Es ist daher notwendig, dass gesundheitspolitische Maßnahmen auf eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für den größtmöglichen Teil der Bevölkerung zu möglichst geringen Kosten zielen. Vor allem Luxemburg, die Niederlande und Belgien zeigen sich hierbei erfolgreich. Neben politischen Maßnahmen zur Gestaltung gleicher Zugangschancen sollte ein weiterer Fokus auch auf dem Aspekt der Prävention liegen. Durch effektive Gesundheitsvorsorge werden Gesundheitssysteme finanziell erheblich entlastet und individuelle Gesundheitszustände verbessert. Insgesamt ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe nicht nur durch strukturelle Ungerechtigkeiten eines Gesundheitssystems begrenzt werden können, sondern auch durch den jeweiligen individuellen Gesundheitszustand, welcher wiederum auch vom Faktor gesunder oder ungesunder Lebensführung abhängt.
- **Generationengerechtigkeit:** Vor dem Hintergrund der vorliegenden Untersuchung lassen sich verschiedene politische Maßnahmen zusammenfassen, um Generationengerechtigkeit zu fördern: Verbesserte Möglichkeiten für Familien durch Investitionen in die Infrastruktur der Kinderbetreuung, Reduzierung der öffentlichen Verschuldung und die Ausweitung des Anteils an erneuerbaren Energien. Mit Blick auf generationengerechtes politisches Handeln stehen insbesondere die nordischen Staaten hervor, indem ihre politischen Strategien junge Menschen und Familien durch vorbildliche vorschulische, Ganztags- und frei gestaltbare Elternzeitangebote unterstützen. Ihr erfolgreicher Ansatz zur Vereinbarkeit von Kindererziehung und Arbeitsleben bietet dabei ein Vorbild für politische Reformen in anderen Ländern.

Die hier beschriebenen Dimensionen und politischen Handlungsfelder zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit hängen wechselseitig zusammen und bedingen sich oft gegenseitig: Geringe Bildungschancen ziehen geringere Aussichten am Arbeitsmarkt nach sich und somit auch geringere Möglichkeiten, ein höheres Einkommen zu erwirtschaften, Eltern mit geringen Einkommen können wiederum weniger in die Bildung ihrer Kinder investieren – folglich besteht die Gefahr eines Teufelskreises. Deshalb müssen die EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen einen ganzheitlichen Blick auf die Ursachen für soziale Ungerechtigkeit, ihre Auswirkungen und ihre politischen Interventionsmöglichkeiten einnehmen. Denn eines ist gewiss: Soziale Gerechtigkeit stellt sich nicht allein durch wirtschaftlichen Wohlstand und ökonomische Leistungsfähigkeit ein. Die Verteilung der Länder in den folgenden zwei Grafiken verdeutlicht diesen Aspekt.

Abbildung 4: Soziale Gerechtigkeit 2015 und BIP pro Kopf

Angaben in: SJI Wert/ BIP pro Kopf, PPP



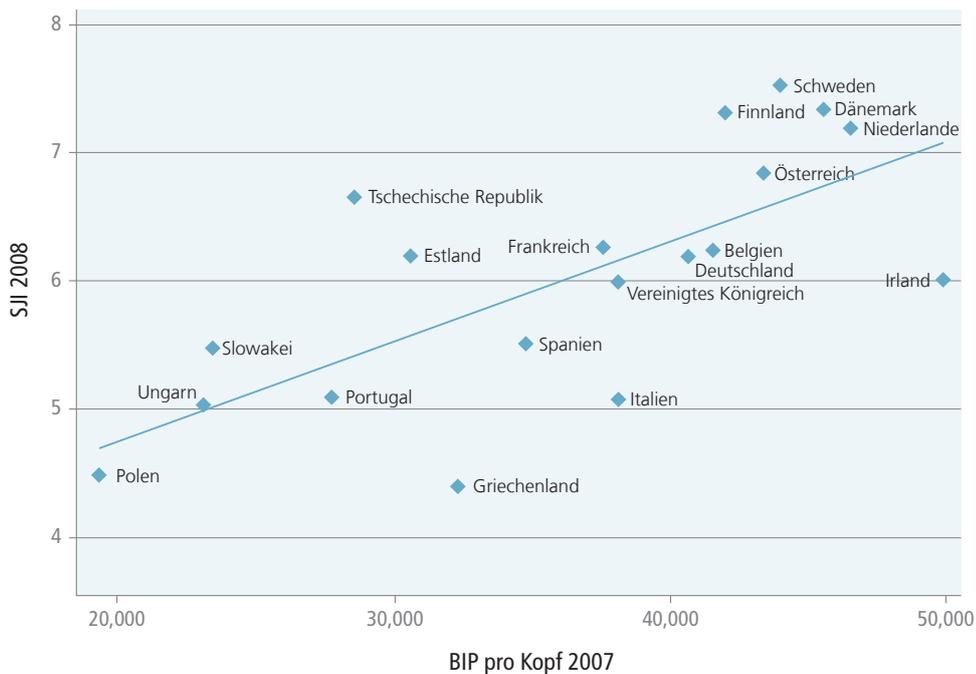
Quelle: Eigene Berechnungen.

Bertelsmann Stiftung



Abbildung 5: Soziale Gerechtigkeit 2008 und BIP pro Kopf

Angaben in: SJI Wert/ BIP pro Kopf, PPP



Quelle: Eigene Berechnungen.

BertelsmannStiftung

Staaten wie Tschechien, Slowenien und Estland schaffen es, ein vergleichsweise hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit zu realisieren, obwohl ihre Wirtschaftsleistung nur mittelmäßig ist. Diese Länder unterstreichen damit, dass effektive politische Interventionen eine entscheidende Rolle spielen, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Während Estland vor allem in den Bereichen Bildung und Generationengerechtigkeit herausragt, sticht Tschechien bei der Vorbeugung von Armut hervor. Im Gegensatz dazu weist Irland ein hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf vor, bleibt jedoch unterdurchschnittlich in Sachen sozialer Gerechtigkeit.

Impressum

© 2015 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Daniel Schraad-Tischler

Autor

Dr. Daniel Schraad-Tischler

Statistische Analysen und Berechnungen

Dr. Margit Kraus, Calculus Consult

Inhaltliche und redaktionelle Unterstützung

Sascha Matthias Heller, Berlin

Lektorat

Barbara Serfozo, Berlin

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Bildnachweis

Titelbild: picsfive / fotolia



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Daniel Schraad-Tischler
Telefon +49 5241 81-81240
daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de

www.sgi-network.org
www.social-inclusion-monitor.eu

www.bertelsmann-stiftung.de